



EUNAVFOR Med: Schleuserbekämpfung im Mittelmeer

Die Eindämmung illegaler Migration hat sich im Laufe der letzten Jahre zu einem zentralen Aspekt der europäischen Außenpolitik entwickelt. Da die Lukrativität der Schleusertätigkeit für die Europäische Union eine der Grundlagen der Migrationsströme in Richtung Europa darstellt, ist die EU-Operation EUNAVFOR MED Operation Sophia¹ einer der wenigen Friedenseinsätze mit einem expliziten Mandat zur Bekämpfung von Menschenschmuggel: Sie soll Schleusernetzwerke im zentralen Mittelmeer bekämpfen und so weitere Todesfälle verhindern.

Hintergrund

Aufgrund der wachsenden Migrationsströme im Mittelmeer begann Italien 2013 die Seenotrettungsmission *Mare Nostrum*, die 150.000 Migranten² das Leben rettete. Da sich die anderen EU-Mitgliedsstaaten an den ausufernden Kosten nicht beteiligen wollten, musste Italien *Mare Nostrum* im Oktober 2014 einstellen. Als Ersatz wurde die Mission *Triton* der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) etabliert. 2015 wurde außerdem die „militärische Krisenbewältigungsoperation“ EUNAVFOR gegründet, deren Hauptziel es ist, kriminelle Schleusernetzwerke im zentralen Mittelmeer zu bekämpfen.

Mandat und Erweiterungen

Kernaufgabe der EUNAVFOR ist seit EU-Ratsbeschluss [GASP 2015/778](#), dazu beizutragen, „das Geschäftsmodell der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetze im südlichen zentralen Mittelmeer zu unterbinden“. Darüber hinaus gilt für die an EUNAVFOR beteiligten Schiffe die völkerrechtliche Verpflichtung zur Hilfeleistung für in Seenot geratene Personen. Die Operation ist in drei Phasen gegliedert, die jeweils der Zustimmung der EU-Außenminister bedürfen:

Phase 1 (abgeschlossen)	Phase 2a (seit Oktober 2015)	Phase 2b (geplant)	Phase 3 (geplant)
Erstellung eines Lagebildes über Schleusernetzwerke durch Aufklärung und Informationsgewinn (Juli-Oktober 2015)	Anhalten, Durchsuchen, Beschlagnahmen und Umleiten von Schiffen auf Hoher See bei Verdacht der Nutzung für Menschenhandel oder -schmuggel	Ausweitung der Befugnisse auf libysche Hoheitsgewässer, hierzu Sicherheitsratsresolution oder Einladung der libyschen Regierung nötig	Ausweitung der Befugnisse auf libysches Territorium, inkl. Zerstörung der Infrastruktur von Schleusern und Booten. Sicherheitsratsbeschluss oder Einladung nötig

Diese Kernaufgabe wurde durch drei weitere EU-Ratsbeschlüsse um unterstützende Aufgaben erweitert:

1. [Ratsbeschluss GASP 2016/993](#) fügt den Kapazitätsaufbau **der libyschen Küstenwache und Marine** durch Training und Schulung zum Mandat hinzu. Durch Informationsaustausch und Kontrolle verdächtiger Schiffe, basierend auf UN-Sicherheitsratsbeschluss [2292 \(2016\)](#), trägt die Mission dazu bei, das **Waffenembargo gegen Libyen** durchzusetzen.
2. [Ratsbeschluss GASP 2017/1385](#) führt einen **Beobachtungsmechanismus** für die weitere Verfolgung des Werdegangs ausgebildeter Angehöriger der libyschen Küstenwache ein und vereinfacht den **Informationsaustausch** mit Frontex, Europol und den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten. Außerdem soll EUNAVFOR, im Einklang mit Resolutionen [2146 \(2014\)](#) und [2362 \(2017\)](#) des UN-Sicherheitsrats, Informationen über **illegale Ölexporte aus Libyen** sammeln.
3. [Ratsbeschluss GASP 2018/717](#) ist die dritte Erweiterung, mit der es zu einem echten Novum kommt: sie mandatiert die Einrichtung einer *Crime Information Cell* (CIC), in der Beamte aus

¹ Im Folgenden nur noch „EUNAVFOR“.

² Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

dem Bereich Justiz und Inneres erstmals an einer GSVP-Mission teilnehmen können. Die auf dem italienischen Flaggschiff stationierte, aus bis zu 10 Beamten von Frontex, Europol und nationalen Strafverfolgungsbehörden bestehende Einheit soll insbesondere den Informationsaustausch zwischen diesen Agenturen verbessern und stellt damit einen weiteren Schritt zur tieferen Verzahnung der äußeren und inneren Sicherheit in der EU dar.

Fakten

Mit Ausnahme Dänemarks beteiligen sich derzeit alle EU-Mitgliedsstaaten an der Operation, die über sechs Schiffe sowie sechs Helikopter und Flugzeuge verfügt. Das operative Hauptquartier befindet sich in Rom. Deutschland beteiligt sich mit einem Schiff (seit Mai 2018 im Einsatz) sowie 106 Soldaten ([Stand 25.05.2018](#), Mandatsobergrenze: 950). Die Einsatzkosten werden von den truppenstellenden Staaten getragen. Das Einsatzgebiet erstreckt sich auf das mittlere und südliche Mittelmeer und umfasst auch den Luftraum über diesem Gebiet. Laut eigenen Angaben hat die Mission mehr als 130 Schmuggler an die Behörden der Mitgliedsstaaten übergeben, 530 Boote neutralisiert sowie ca. 43.000 Menschen gerettet. Außerdem wurden 201 Mitglieder der libyschen Küstenwache ausgebildet.

Kooperation mit anderen Missionen

Im Rahmen der Mission hat sich eine (teils enge) Kooperation mit einer Reihe weiterer Akteure herausgebildet. Einer der zentralen Partner ist **Frontex**, die mit Operation *Triton* die italienischen Seegrenzen schützt. Die beiden Missionen tauschen über direkte Kommunikationskanäle und Verbindungsoffiziere operative Informationen aus. Auch mit der NATO Mission [Operation Sea Guard](#), die im Mittelmeer Seeaufklärung und Terrorismusbekämpfung betreibt, werden täglich Lageberichte und Einsatzplanung ausgetauscht. Daneben ist EUNAVFOR die erste militärische Mission, die mit **Europol** kooperiert. Europol hilft bei der Identifizierung und Verfolgung von in Menschenhandel verwickelte kriminelle Gruppen, außerdem werden Informationen aus dem 2016 bei Europol eingerichteten [European Migrant Smuggling Center \(EMSC\)](#) bei EUNAVFOR eingespeist. Die Zusammenarbeit mit diesen Akteuren wird im Rahmen der CIC nun noch weiter ausgebaut. Darüber hinaus arbeitet die Mission auch mit NGOs, Eurojust, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und den zuständigen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten sowie nationalen Behörden zusammen, wobei vor allem das **Maritime Rescue Coordination Center (MRCC)** in Italien zu nennen ist, das für die Koordination von Seenotrettungsoperationen im Einsatzgebiet zuständig ist.

Herausforderungen

EUNAVFOR geht mit der Bekämpfung der Schleuserkriminalität einen wichtigen sicherheitspolitischen Aspekt an. Um **Schmuggelnetzwerke noch effektiver zu bekämpfen**, müsste die Mission jedoch in Phase 2b und 3 übergehen – was aufgrund des Widerstands Chinas und Russlands im Sicherheitsrat und mangels Einladung der libyschen Regierung weiterhin unwahrscheinlich bleibt. Darüber hinaus müssten **flankierende Maßnahmen** an Land und zur Fluchtursachen-bekämpfung ergriffen werden, um die Aktivitäten nachhaltiger zu gestalten.

Das Ziel der Verringerung der Todesfälle erfüllt die Mission nur bedingt: zwar ist deren absolute Zahl in den letzten Jahren gesunken, die **relative Todesrate** hingegen gestiegen (s. Graph).

Des Weiteren weckt die Mission in der Öffentlichkeit Erwartungen, die sie nicht erfüllen kann: **Kernaufgabe bleibt die Bekämpfung von Schmugglernetzwerken und nicht die Seenotrettung**. Der Vergleich mit *Mare Nostrum* (150.000 gerettete Migranten in einem Jahr, bei EUNAVFOR 43.000 in drei Jahren) macht dies deutlich. Das Mittelmeer bleibt damit trotz internationaler Einsätze die gefährlichste Migrationsroute der Welt. Ohne flankierende Maßnahmen ist EUNAVFOR deshalb nur begrenzt dazu geeignet, als europäische Antwort auf die Flüchtlingstragödien im Mittelmeer zu dienen.

